

# Rathaus-Journal

Bonn – Ostern 2025

BONN-ZENTRUM

Liebe Bonnerinnen und Bonner,



wenn Sie diese Ausgabe unseres Rathausjournals in Ihren Händen halten, ist Ostern nicht mehr weit.

Die Koalitionsverhandlungen in Berlin laufen und sind auch für uns in Bonn von besonderer Bedeutung. Dies zum Beispiel im Hinblick auf die avisierte Bonn/Berlin Zusatzvereinbarung und die Festschreibung und Stärkung Bonns als zweites bundespolitisches Zentrum, aber auch hinsichtlich der dringend erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen oder des zukünftigen Bekenntnisses, keine weiteren kommunalen Lasten auf Bundesebene zu beschließen, die nicht ausfinanziert sind.

In Bonn wurde jüngst der städtische Doppelhaushalt 2025/2026 mit den Stimmen von Grünen/SPD/Linken/Volt verabschiedet, die CDU hat diesem nicht zugestimmt. Aus unserer Sicht ist der mangelnde Sparwille und die mehr als Verdoppelung unserer städtischen Verschuldung folgenden Generationen gegenüber nicht verantwortbar. Zudem werden falsche Schwerpunkte gesetzt, es gehen viel zu viele wichtige Themen völlig unter.

Die CDU würde trotz eines massiven Sparkurses bei den Themen Mobilität (zum Beispiel Anreizsysteme und ÖPNV-Verbesserungen statt Sperren/Verteuern/Wegnehmen) und Wirtschaft (zum Beispiel Innenstadt-

entwicklung, Unternehmensansiedlungen, Digitalisierung, Bürokratieabbau) die Schwerpunktsetzung völlig anders angehen und insbesondere in den Bereichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf (zum Beispiel KiTa, OGS, Schulsanierungen, Jugendförderung, Bürgerservice) sowie Sauberkeit, Sicherheit und sozialer Zusammenhalt deutlich mehr investieren wollen.

Mit Blick auf Berlin werden Sie sich fragen, wie das – unsere Ablehnung der massiven Verschuldung – zusammenpasst. Nun, es gibt einen entscheidenden Unterschied: In Berlin laufen Koalitionsverhandlungen von zwei Parteien, die zum Erfolg verdammt sind, wenn wir in unserem Land einen weiteren Rechtsruck verhindern möchten. Und auch die Grünen haben ihre Oppositionsrolle geschickt genutzt und sich ihre Zustimmung zur Grundgesetzänderung teuer bezahlen lassen.

In Bonn müssen wir hingegen alles daran setzen, ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden, um unsere eigenständige kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten. Da ist es völlig unverständlich, dass die unsererseits

vorgelegten Sparvorschläge von rund 50 Millionen Euro einfach beiseite gewischt wurde. Ernsthaftes Sparen wäre in Bonn ebenso möglich wie das konsequente Angehen von Struktur-

*„Bonn muss seine eigenständige kommunale Handlungsfähigkeit erhalten.“*



**Guido Déus MdL**

Vorsitzender der Stadtratsfraktion

veränderungen, die dringend erforderlich und uns allen bekannt sind.

Lassen Sie uns über diese, aber gerne auch über alle anderen Themen ins Gespräch kommen. Unter **sprechstunde @cduratsfraktion-bonn.de** oder **Telefon (02 28) 77 20 44** nehmen wir Ihre Anliegen gerne entgegen. Nur im gegenseitigen Austausch können wir die Themen erfahren, die Sie beschäftigen und die Sie wichtig finden.

Jetzt aber wünsche ich Ihnen eine möglichst schöne Osterzeit und hoffe, dass Sie die anstehenden Feiertage für sich wohltuend nutzen können!

Ihr

Guido Déus MdL

**50 Millionen Euro Einsparpotential** im städtischen Haushalt | **Seite 2**

**Fahrradstraßenmarkierung** rechts-widrig | **Seite 2**

**Wohnungsbau und Verkehrs-führung** müssen zusammenpassen | **Seite 3**

Forderung: **Mehr Bürger-nähe!** | **Seite 3**



**Rückbau** von umstrittenem Verkehrs-versuch | **Seite 4**

## CDU-Fraktion: Fast 50 Millionen Euro Einsparpotential

### im städtischen Haushalt



Die CDU-Fraktion Bonn hat den von der grünen Oberbürgermeisterin und der Ratsmehrheit vorgelegten Doppelhaushalt 2025/2026 entschieden abgelehnt. Wir haben klar und deutlich kritisiert, dass die geplante Politik zu einer enormen Verschuldung führt, die bis 2029 auf 4,2 Milliarden Euro ansteigt.

erhebliche Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit dieses Haushalts geäußert hatte. Zwar wurden inzwischen Sparmaßnahmen angekündigt, doch diese reichen bei Weitem nicht aus. Statt echter Einsparungen setzt die Ratsmehrheit vor allem auf zusätzliche Belastungen der Bonnerinnen und Bonner, etwa durch neue Parkgebühren, verstärkte Verkehrskontrollen und steigende Bußgelder.

Der aktuelle Haushalt ist ideologisch einseitig und gefährdet die Zukunft unserer Stadt. Besonders kritisch bewerten wir, dass im Bereich der Verwaltung und insbesondere bei den Programmbüros der Oberbürgermeisterin nicht gespart wird, während für Kinder, Jugendliche und Familien Geld fehlt. Wir stehen hingegen



Das bedeutet mehr als eine Verdopplung seit Beginn der aktuellen Ratsperiode und stellt eine dramatische Belastung für kommende Generationen dar.

Die CDU-Fraktion hat ein klares Konzept vorgelegt, wie durch eine umfassende Einsparliste mit einem Einsparpotenzial von über 48 Millionen Euro und gezielte Maßnahmen zur Einnahmesteigerung eine finanzielle Wende möglich gewesen wäre. Diese wurde ohne Diskussion von der Mehrheit abgelehnt. Wir fordern eine echte Aufgabenkritik, verbunden mit einer Reduzierung des überdimensionierten Verwaltungsapparats.

Wir sehen uns durch die Bezirksregierung bestätigt, die



Prof. Dr. Norbert Jacobs

Finanzpolitischer Sprecher CDU-Fraktion

für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, die gezielt in den Ausbau von Kita- und OGS-Plätzen sowie in die Sanierung und Modernisierung unserer Schulen und Spielplätze investiert. Die Finanzierung der freien Kita-Träger muss vollständig sichergestellt werden.

Im Bereich Verkehr erleben wir, wie die Ratsmehrheit unsere Stadt bewusst in Dauerstaus lenkt, ohne attraktive Alternativen zu schaffen. Stattdessen werden ideologische Maßnahmen wie Parkplatzverknappung und erhöhte Parkgebühren eingeführt. Wir fordern dagegen dringend notwendige Investitionen in einen zuverlässigen, bezahlbaren und modernen öffentlichen Nahverkehr sowie den Ausbau von Park & Ride-Angeboten. ■

## Wohnungsbau und Verkehrsführung

### müssen zusammenpassen

Bonn wächst weiter und der Wohnungsbedarf nimmt zu. Die verfügbaren Flächen müssen effektiv genutzt werden, jedoch ohne übermäßige Verdichtung und unter Wahrung der bestehenden Bebauung.

Die CDU-Ratsfraktion fordert daher eine ausgewogene Mischung aus gefördertem und frei finanziertem Wohnungsbau, Reihen- und Einzelhäusern. Dies sollte sich ebenso in einer angemessenen Verkehrsführung widerspiegeln, die sowohl die neuen als auch bestehenden Anwohner berücksichtigt.

Leider missachtet die rot-grüne Koalition mit der Oberbürgermeisterin diese Anforderungen, wie das Beispiel des Neubaugebiets „Rosenfeld“ in Buschdorf zeigt. Hier sollen über 900 Wohnungen in vier- bis siebengeschossigen Wohnblöcken entstehen, mit lediglich 600 Stellplätzen für

etwa 2000 Bewohner. Diese Planung entspricht nicht den realistischen Bedürfnissen der Bevölkerung. Statt einer einzigen Quartiersgarage wäre eine Ringstraße und individuelle Tiefgaragen pro Wohnblock sinnvoller.

Ähnliche Probleme zeigen sich beim Heckelsbergplatz in Beuel und auf dem Gelände des Universitätsklinikums auf dem Venusberg. Auch hier fehlen klare Aussagen zur Verkehrsführung und zum Parkraum. Eine noch nicht konkretisierte Seilbahnplanung ist keine ausreichende Lösung.

Die CDU-Ratsfraktion fordert deshalb eine vernünftige, bedarfsgerechte Verkehrsführung und ausreichend Parkraum bei allen Neubauprojekten, erklärt der planungspolitische Sprecher Bert Justus Moll. ■



Bert Justus Moll

Planungspolitischer Sprecher

CDU-Fraktion



## Rechtswidrige Fahrradstraßenmarkierung:

### Rechnungsprüfungsamt bestätigt CDU-Kritik

Das unabhängige Rechnungsprüfungsamt (RPA) bestätigt die Kritik der CDU-Fraktion an der grünen Stadtspitze bezüglich der mangelhaften Information politischer Gremien zur Rotmarkierung von Fahrradstraßen. Laut RPA wäre es unabdingbar gewesen, die Bedenken der Polizei und Bezirksregierung frühzeitig mitzuteilen, damit fundierte Entscheidungen hätten getroffen werden können.

Wir als CDU-Fraktion sehen uns durch das Prüfungsergebnis klar bestätigt, dass Rat und Gremien bewusst über entscheidungsrelevante Informationen getäuscht wurden. Selbst die SPD-Fraktion hätte, wie von einem Ratsmitglied betont, bei voller Kenntnis anders entschieden.

Die Verantwortung liegt insbesondere bei Stadtbaurat Helmut Wiesner, der seit 2021 umfassend informiert war sowie bei der Oberbürgermeisterin, deren Verwaltungsvorstand spätestens seit Juni 2022 Kenntnis der Bedenken hatte. Hierdurch ist das Vertrauen in die Verwaltung erheblich beschädigt worden. ■



Rainer Haid

Stadtverordneter  
CDU-Fraktion

## Wir fordern:



### Bürgerkoffer und digitale Wohnsitzanmeldung für Bonn

#### Mehr Bürgernähe durch mobile Verwaltung und digitale Lösungen

Mit einem aktuellen Antrag im Ausschuss für Digitalisierung und Organisation setzen wir als CDU-Ratsfraktion uns für eine moderne, flexible und bürgernahe Verwaltung in Bonn ein. Konkret fordern wir die Einführung eines sogenannten Bürgerkoffers – einer mobilen Einheit, mit der Verwaltungsdienstleistungen wie Meldeangelegenheiten oder die Ausstellung von Ausweisen direkt vor Ort angeboten werden können.

Der Bürgerkoffer soll insbesondere mobilitätseingeschränkten Menschen – etwa in Altenheimen, in Randlagen oder bei temporären Engpässen im Stadthaus – den Zugang zur Verwaltung erleichtern. Ein Beispiel aus der Praxis: Ein Bonner Bürger, der kurz vor der letzten Wahl in ein Seniorenheim gezogen war, konnte sich nicht rechtzeitig ummelden – weder vor Ort noch digital. Solche Situationen dürfen nicht zum Normalfall werden. Wir möchten, dass die Stadt hier Verantwortung übernimmt.



Julia Polley

Sprecherin für Digitalisierung

CDU-Fraktion

Darüber hinaus fordern wir die schnelle Einführung der digitalen Wohnsitzanmeldung. In vielen Städten – darunter Köln, Düsseldorf, Aachen und selbst kleineren Kommunen wie Hennef – ist dieser Service längst Realität. In

Bonn hingegen ist man weiterhin auf Termine angewiesen. Wir sagen: Das muss sich ändern. Bürgerinnen und Bürger sollen ihren Wohnsitz online und ohne Termin anmelden können – unkompliziert und zeitsparend.

Gerade mit Blick auf die bevorstehende Sanierung des Stadthauses und mögliche Einschränkungen bei den Bürgerdiensten braucht es jetzt pragmatische Lösungen. Mit dem Bürgerkoffer, digitalen Angeboten und einer Stärkung der dezentralen Bezirksrathäuser schaffen wir mehr Service, mehr Erreichbarkeit und mehr Bürgernähe – für ein modernes Bonn. ■



## Bezirksvertretung Bonn beschließt Rückbau des Verkehrsversuchs auf dem Hermann-Wandersleb-Ring



**In ihrer Sitzung im März hat die Bezirksvertretung Bonn beschlossen, dass die als Verkehrsversuch eingerichtete „Umweltspur“ auf dem Hermann-Wandersleb-Ring zwischen dem Endenicher Ei und der Rochusstraße vollständig zurückgebaut wird. Nun kann die grün-rote Koalition im Rat der Stadt Bonn endlich zeigen, dass sie die Bezirksvertretungen tatsächlich ernst nimmt!**

Die Bezirksvertretung hat bei dem Verkehrsversuch nur ein Empfehlungsrecht an den Stadtrat, da es sich bei dem Hermann-Wandersleb-Ring um eine gesamtstädtisch relevante Verkehrsrouten handelt. Daher trifft der Rat die letztliche Entscheidung. Vorgesehen ist diese für den 8. Mai 2025.

Seit 2022 läuft der Verkehrsversuch, durch den nach dem Wunsch der Oberbürgermeisterin und ihrer Koalition im Rat „*Fahrradfahrer\*innen besser im Stadtverkehr geschützt werden sollen. Zu diesem Zweck hat die Stadt an viel befahrenen Straßen Umweltspur neben dem Autoverkehr eingerichtet. Diese dürfen ausschließlich Busse und Radfahrende benutzen und kommen so schnell und sicher*

zum Ziel“. So lautet das immer wieder wiederholte und unerfüllte Credo aus dem Stadthaus.

Der Verkehrsversuch war von Anfang an umstritten, da es nicht um eine Maßnahme zur Verbesserung des Verkehrsflusses in Bonn handelt, sondern um eine Autoverdrängungsmaßnahme unter dem Deckmantel der Förderung des Radverkehrs. Bester Beleg dafür ist der nun aktuell eingereichte Antrag der grün-rot-roten Koalition für die nächste Sitzung des Rates, der zum Inhalt hat, dass auf der parallel zum Hermann-Wandersleb-Ring führenden Endenicher Straße auf der einen Straßenseite die Parkplätze weggenommen werden sollen, damit der Radverkehr mehr Platz bekommt. Ein Thor, der sich nicht fragt: Wozu das, wenn doch die Radspuren auf dem Hermann-Wandersleb-Ring dauerhaft geschaffen werden soll?

Fakt ist: Staus zu Hauptverkehrszeiten sind mit dem Verkehrsversuch die tägliche Regel geworden. Und durch diese künstlich erzeugten Staus sind die Opfer auch die Nutzer der Buslinien. Die Analyse zeigt, dass die Umweltspur keine nennenswerten Vorteile für den ÖPNV gebracht hat. Die minimale Beschleunigung, die die Busse in den kurzen



**Nicole Bonnie**

Vorsitzende Bezirksfraktion Bonn

Abschnitten der Umweltspur erfahren, wird durch Pkw-Abbieger und Fahrräder schnell wieder zunichte gemacht.

Fest steht: Echte Sicherheit für Radfahrer entsteht nur durch getrennte Fahrspuren. Und dies ist auf der Hauptverkehrsachse Hermann-Wandersleb-Ring selbstredend nicht möglich!

Man kann auf Hauptverkehrsachsen nicht einfach den Verkehrsteilnehmer „Rad“ an die erste Stelle setzen und ignorieren, dass dadurch sowohl ÖPNV als auch Individualverkehr das deutliche Nachsehen haben. Das ist keine Verkehrspolitik im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger und der Umwelt. ■



## Grün-Rot-Rot will Beueler Zentrum zur Luxus-Parkzone umwandeln

**In Kürze berät die Bezirksvertretung über eine Parkraumbewirtschaftung im Beueler Zentrum. Geht es nach den Wünschen von OB und Linksgrüner Mehrheit, soll ein Gebiet von der Werdstraße im Combahnviertel im Norden bis zur Ringstraße im Süden sowie vom Rhein bis Königswinterer Straße im Osten komplett bewirtschaftet werden – mit fatalen Folgen.**

Die CDU-Bezirksfraktion sieht Handlungsbedarf insbesondere im Combahnviertel aufgrund vieler Pendler, die dort ihre Fahrzeuge für die Weiterfahrt abstellen. Auch entlang der Rheinaustraße ist insbesondere an den Wochenenden erhöhter Parkdruck durch Besucher des Rheinufers zu verzeichnen. Dies allerdings rechtfertigt aus Sicht der CDU nicht, das gesamte Beueler Zentrum als bewirtschaftete Zone zu deklarieren.

Die Verwaltung strebt an, die gesetzlichen Mindestbreiten für Gehwege von 1,50 Metern sowie die Beschlüsse des Radentscheides in der Parkraumbewirtschaftung umzusetzen. Gehwegparken und gekipptes Parken werden dann nicht mehr möglich sein. Das gesamte Gebiet soll in drei Bewohnerparkzonen eingeteilt werden. Von 3300 heutigen Parkplätzen werden 322 definitiv wegfallen. Weitere Parkflächen werden in Fahrradabstellanlagen und Car Sharing Flächen umgewandelt. Da durch andere Beschlüsse der linksgrünen Mehrheit bereits das Parken abschnittsweise in der Friedrich-Breuer-Straße nicht mehr gestattet ist sowie perspektivisch die Parkflächen am Heckelsbergplatz zugunsten einer Wohnbebauung wegfallen werden, wird die Zahl der Parkflächen im Beueler Zentrum noch mehr sinken.

Die Stadt wird das Gebiet dann mit 87 Parkscheinautomaten ausstatten. Das

ordnungsgemäße Parken und Zahlen der Parktickets sollen sechs neu einzustellende Personen beim Ordnungsdienst kontrollieren. Anwohnerinnen und Anwohner, die in dem Gebiet keinen Stellplatz auf privatem Grundstück haben, also auf der Straße parken, müssen innerhalb des Gebietes Parkgebühren zahlen. Der Anwohnerparkausweis kostet mittlerweile 360 Euro im Jahr. Zukünftig wird außerhalb des bewirtschafteten Gebietes häufiger nach Parkflächen gesucht werden. Kurzum: Der Parkdruck wird um das Beueler Zentrum herum erheblich steigen. Einher gehen für die Anwohner weitere Folgen: In der Bonner Nordstadt führte die Parkraumbewirtschaftung dazu, dass Handwerksbetriebe keine Aufträge mehr in dem Gebiet annehmen, da sie selbst in der Nähe keine Parkmöglichkeit finden und für jedes einzelne Betriebsfahrzeug Parkausweise für Handwerksbetriebe ausgestellt und bezahlt werden müssen. Gleiches gilt für Pflegedienste.

Auch für die bereits heute gebeutelten Geschäftstreibenden im Beueler Zentrum ist die Parkraumbewirtschaftung ein weiterer Schlag ins Kontor. Durch die forcierte Verknappung und



**Marco Rudolph**  
Vorsitzender der Bezirksfraktion Beuel

Verteuerung des Parkens drohen noch mehr Menschen die Geschäfte und Lokale des Beueler Zentrums zu meiden. Die CDU wird das in der heutigen Form vorgelegte Konzept ablehnen.

### Heckelsbergplatz wird zum Wohnsilo

Die Linksgrüne Mehrheit hat beschlossen, 29 Ahornbäume auf der heutigen Parkplatzfläche für eine Wohnbebauung zu opfern. Eine Änderung des Bebauungsplanes wurde in den Gremien für die heutige öffentliche Parkplatzfläche initiiert. Zukünftig sollen dort geförderte Wohnungen entstehen. Für die heutige Anwohnerschaft um den Heckelsbergplatz bedeutet die Planung nicht nur ein Verlust der 29 Bäume, sondern auch ein Verlust der Wohnqualität. Die CDU hatte hier alternativ vorgeschlagen, eine Aufstockung der Gebäude im Umfeld zu erlauben und damit mehr Wohneinheiten zu schaffen. Das zukünftige Gebäude wird nur 20 bis 30 Wohnungen umfassen. ■





## CDU-Bezirksfraktion Bad Godesberg setzt klare Akzente

### bei den Haushaltsberatungen



**In der Sitzung der Bezirksvertretung am 29. Januar wurde über die von der Verwaltung eingebrachte Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2025/2026 und des Finanz- und Investitionsprogramms 2024 bis 2029 beraten. Angesichts der prekären Haushaltslage hat die Stadtspitze auch den Bezirksvertretungen einen Sparplan vorgelegt.**

Die sogenannten Feuerwehrtöpfe sollten in allen Stadtbezirken massiv gekürzt werden. Bei diesen Töpfen können die Bezirksvertretungen in eigener Regie über die Verteilung von Mitteln im Stadtbezirk entscheiden, zum Beispiel bei Bürgerprojekten oder auch kleineren investiven Maßnahmen. Die Bezirksvertretung Bad Godesberg hat sich einstimmig gegen die Kürzung des Feuerwehrtopfs ausgesprochen.

Einen großen Schwerpunkt legt die CDU-Bezirksfraktion zusammen mit der jugendpolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion, Feyza Yildiz, auf die Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit. So stimmte auch die CDU-Bezirksfraktion Bad Godesberg gegen den Wegfall der Förderung des einzigen Jugendzeltplatzes in Bonn in Höhe von 45 000 Euro. Diese einmalige Einrichtung am Rande des Kottenforstes, die seit vielen Jahren von Jugendvereinen, Schulen und Pfadfindern aufgesucht wird, muss unbedingt als außerordentlicher Lernort erhalten bleiben. Kinder und Jugendliche erleben hier die Natur auf einzigartige Weise und gewinnen bei ihrem Aufenthalt vielfältige soziale Kompetenzen.

Die CDU-Bezirksfraktion Bad Godesberg setzt sich dafür ein, dass die im Rahmen der Spielplatzbedarfsplanung beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden. Aber viele Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Auch hier müssen nach der Meinung der CDU-Bezirksfraktion für unsere Jüngsten Prioritäten gesetzt werden. Für die Beschaffung von Ersatzspielgeräten oder notwendigen Sanierungsarbeiten sollte jährlich ein ausreichender Etat bereitgestellt werden. Auf dem zentralen Spielplatz am Viktoriaplatz fehlt zum Beispiel seit drei Jahren das Ersatzgerät für die Kletterkombinationsanlage. Bei den Bolzplätzen an der Viktoria- und Aennchenstraße müssen die Beläge dringend erneuert werden. Mit großer Mehrheit wurde der CDU-Änderungsantrag zur Bereitstellung von Mitteln für Ersatzbeschaffungs- und notwendige Sanierungsmaßnahmen in der Bezirksvertretung Bad Godesberg angenommen. Der Stadtrat entscheidet aber in letzter Instanz.

Der Erhalt, der Ausbau und die Instandhaltung der Bad Godesberger Sportstätten sind für die CDU-Bezirksfraktion Bad Godesberg äußerst dringlich. Die Kommune muss ihren Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung des Sportunterrichts nachkommen. Die Vereine brauchen für ihren Trainingsbetrieb und ihre Ligaspiele Hallenkapazitäten. Die Sporthalle in Pennenfeld ist äußerst sanierungsbedürftig. Wünschenswert ist ein größerer Neubau mit drei Ebenen. Bei dem hohen Instandhaltungsstau in ganz Bonn werden jetzt alle Sportstätten genau unter die Lupe genommen. Erst dann werden Prioritäten mit Entscheidungen über Sanie-



**Inge Stauder**

Vorsitzende Bezirksfraktion Bad Godesberg

rungsmaßnahmen oder Neubauten gesetzt. Die gesamte Projektsteuerung zur Bedarfsermittlung der Sanierung städtischer Liegenschaften soll in Zukunft mit detaillierten Zeitplänen, die auch die Personalreserven berücksichtigen, effektiver gestaltet werden.

Im Schulbereich muss es Umstrukturierungsmaßnahmen geben, damit der Sanierungsstau mit 1,25 Milliarden Euro abgebaut wird. Priorität haben zurzeit die Ausbaumaßnahmen an den städtischen Gymnasien von G8 nach G9 sowie die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen OGS-Platz ab 2026 an den Grundschulen. Dringender Handlungsbedarf besteht beim maroden Baustrakt A der Gertrud-Bäumer-Realschule.

Neben der Sanierung unserer Schulen setzt sich die CDU-Bezirksfraktion für die denkmalgerechte Sanierung der Stadthalle, den Neubau des Kurfürstenbads, die Generalsanierung der Godesburg und die mittelfristige Sanierung unserer Kulturstätten ein. Für die Umsetzung des Integrierten Stadtteilentwicklungsprogramms (ISEK) müssen auf jeden Fall die notwendigen Mittel, das heißt Fördermittel sowie ausreichende städtische Eigenmittel, zur Verfügung stehen. Wir fordern nun von der Stadtspitze ein durchdachtes Gesamtkonzept zur Beseitigung der maroden Infrastruktur in unserem Stadtbezirk. ■



## Ehrenamtliche brauchen Unterstützung in schwierigen Zeiten



*Das breite Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebot im Bonner Stadtbezirk Hardtberg wäre ohne die zahlreichen ehrenamtlichen Einrichtungen nicht denkbar.*

**Die ehrenamtlichen Einrichtungen im Stadtbezirk Hardtberg brauchen in diesen schwierigen Zeiten unsere Unterstützung. Deshalb hat die CDU-Bezirksfraktion in der Bezirksvertretung den Antrag durchgesetzt, dass nicht nur der Etat für die Unterstützung besonderer eilbedürftiger Maßnahmen im Stadtbezirk erhalten bleibt, sondern auch konkrete Zuschüsse, wie an das Atelier für Stadtteilkultur Brüser Berg, den Trägerverein Vereinshaus Lengsdorf und den VfL Lengsdorf, den 1. JFC Brüser Berg sowie zur Sanierung des Vereinsheims 1. FC Hardtberg in Duisdorf gewährt werden müssen.**

Die Initiative Stadtteilkultur Brüser Berg übernimmt mit ihrer Arbeit eine wichtige kulturpolitische Aufgabe im Ortsteil Brüser Berg und bietet für Kulturinteressierte ein breites Spektrum kultureller Aktivitäten an. Die Initiative ist bislang rein privat finanziert und benötigt für ihre dauerhafte Arbeit die Unterstützung, insbesondere zur Deckung der laufenden Mietkosten des Ateliers in der Borsigallee. Der laufende Zuschuss der Stadt an den Trägerverein Vereinshaus Lengsdorf reicht gerade aus, um die laufenden Kosten zur Unter-

haltung des Gebäudes zu gewährleisten. Die notwendige Erneuerung von Bodenbelägen kann aber ohne Unterstützung durch die Stadt Bonn nicht bezahlt werden.

Das Vereinsheim am Sportplatz Wesselheideweg befindet sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Sowohl die Sanitäreinrichtungen als auch die Heizungsanlage müssen dringend erneuert, Risse im Gebäude sowie defekte Türen und Fenster müssen saniert werden. Der Verein hat seine Bereitschaft erklärt, Arbeiten gegen Zahlung eines entsprechenden Zuschusses zu übernehmen.

Auch am Sportplatz Brüser Berg muss mehr für den ehrenamtlichen Bereich getan werden. Der Anbau an den Umkleidekabinen für die Mannschaftsbesprechungen und als Turnierbüro befindet sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Das Dach muss renoviert werden. Der Verein 1. JFC hat seine Bereitschaft erklärt, gegen Zahlung eines entsprechenden Zuschusses die Sanierung in Eigenregie zu leisten. Auch für den VfL Lengsdorf sollen Zuschüsse gewährt werden. Erfreulich ist, dass zeitgleich zu den Haushaltsberatungen jetzt die Verwaltung eine Vorlage in die Gremien eingebracht hat, mit



**Bert Justus Moll**

Vorsitzender Bezirksfraktion Hardtberg

der die Vergabe von Leistungen für den Bau eines Kunstrasenplatzes beschlossen werden sollen. Der jahrelange Einsatz des Vereins mit Unterstützung der CDU-Bezirksfraktion für den Bau eines Kunstrasenplatz hat sich ausgezahlt.

Die Oberbürgermeisterin und die rot-grüne Ratskoalition müssen jetzt diesen Beschluss der Bezirksvertretung mit den richtigen Prioritäten zum Doppelhaushalt 2025/2026 umzusetzen, fordert der CDU Fraktionssprecher Bert Moll. ■